

Fratzschers Verteilungsfragen

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2021-05/vermoegenskonzentration-corona-pandemie-ungleichheit-milliardaere-zunahme-reichtum-aktienmarkt>

20.05.2021

## Milliardäre sind die Pandemiegegner

Während die Wirtschaft eingebrochen ist, haben die 2.700 Milliardäre weltweit im Corona-Jahr ihr Vermögen um 60 Prozent gesteigert. Was für eine perverse Entwicklung.

VON MARCEL FRATZSCHER

Für die allermeisten Menschen war und ist die Corona-Krise eine große Belastung – auch finanziell. Für einige wenige jedoch war sie ein extrem gutes Geschäft: Neue Zahlen belegen, dass Milliardäre und Milliardärinnen weltweit ihre Vermögen im vergangenen Jahr um fünf Billionen Dollar (mehr als vier Billionen Euro) steigern konnten.

Das ist nicht nur mehr als die jährliche Wirtschaftsleistung Deutschlands oder knapp sechs Prozent der Wirtschaftsleistung der Welt. Es ist vor allem ein sprunghafter Anstieg ihrer Vermögen um rund 60 Prozent innerhalb eines Jahres auf nun 13 Billionen Dollar. Während also weltweit mehr als 100 Millionen Menschen nach Schätzung der Weltbank durch die Pandemie in absolute Armut gefallen sind und von weniger als 1,80 Dollar pro Tag leben müssen, war 2020 für die Hochvermögenden das finanziell erfolgreichste Jahr in der Menschheitsgeschichte. Wie sind diese Zahlen einzuschätzen, was sind deren Ursachen und welche Konsequenzen beinhalten sie?

Die neuen Zahlen, die die Financial Times zusammen mit Morgan Stanley veröffentlicht hat, sind schwer fassbar und vorstellbar. So ist die Anzahl der Superreichen im Pandemiejahr von 2.000 auf 2.700 weltweit gestiegen. Eines der schillerndsten Beispiele ist der Tesla-Gründer Elon Musk, der 2020 sein persönliches Vermögen von 25 Milliarden auf 150 Milliarden Dollar gesteigert hat. Aber er ist keine Ausnahme. Es gibt mit Amancio Ortega in Spanien (Inditex-Modekonzern), Carlos Slim in Mexiko (Telekommunikation) oder Bernard Arnault in Frankreich (Luxusmode) sogar einzelne Personen, deren individuelle Vermögen mehr als fünf Prozent der Wirtschaftsleistung ihres eigenen Landes ausmachen.

Vermögenskonzentration auch in Deutschland sehr hoch

Die weltweit 2.700 Milliardäre und Milliardärinnen haben also im Corona-Jahr 2020 ihr Vermögen um sechs Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung steigern können, während diese um 3,3 Prozent einbrach. Allein dieser Vergleich zeigt die Perversität dieser Entwicklung. Es ist also nicht so, als seien die Vermögen der Hochvermögenden durch einen Boom der Weltwirtschaft gewachsen – bei dem die Mehrheit der Menschen eine Teilhabe am steigenden Wohlstand hat –, sondern trotz und auch wegen des Einbruchs der Weltwirtschaft.

Auch in Deutschland ist diese Entwicklung zu beobachten. So zeigen die Berechnungen der Financial Times, dass die Zahl der Milliardärinnen und Milliardäre hierzulande um 29 auf 136 Personen gestiegen ist. Deren Vermögen sind im Jahr 2020 um mehr als 100 Milliarden Euro oder drei Prozent der Wirtschaftsleistung Deutschlands angewachsen – während diese im gleichen Zeitraum um circa 170 Milliarden Euro oder 4,9 Prozent schrumpfte.

Dies deutet darauf hin, dass sich die Ungleichheit der Vermögen während der Pandemie auch in Deutschland massiv vergrößert hat, auch wenn noch keine Zahlen für die gesamte Verteilung der Vermögen für 2020 vorliegen. Allerdings haben Umfragedaten für 2019, die im Juli vergangenen Jahres im Rahmen des sozio-ökonomischen Panels am DIW Berlin ausgewertet wurden, gezeigt, dass schon vor der Pandemie das reichste ein Prozent der Deutschen (1,5 Prozent der Deutschen besitzen mindestens eine Million Euro an Nettovermögen) 35 Prozent der gesamten privaten Vermögen in Deutschland hält. Damit besitzt dieses eine Prozent mehr als die unteren 90 Prozent der Bevölkerung, die zusammen auf 33 Prozent kommen.

## Gute und schlechte Vermögen

Die Financial Times unterscheidet in ihren Berechnungen zwischen "guten" und "schlechten" Vermögen. Gute Vermögen sind solche, die in Wirtschaftssektoren entstanden sind, die neue Technologien entwickeln und/oder auf Industrieproduktion beruhen. Schlechte Vermögen werden als solche definiert, die vor allem durch Rohstoffe – mit oft großen negativen Folgen für die Umwelt – oder mit Einkünften aus Immobilien erzielt werden, also in Bereichen, die nur zu einem geringen Teil auf eigener Innovation beruhen und zu einem erheblichen Teil auf ein sogenanntes rent-seeking zurückzuführen sind, also auf ein Abschöpfen eines Mehrwerts, der von anderen in der Gesellschaft geschaffen wurde.

Große Vermögen müssen beteiligt werden

Deutschland schneidet bei dieser Unterscheidung relativ gut ab, auch wenn in den USA, China oder Südkorea ein sehr viel größerer Anteil des Vermögens durch neue Technologien entstanden ist.

Weniger gut steht Deutschland dagegen im internationalen Vergleich da, wenn es um den Ursprung der Milliardenvermögen geht. Berechnungen zeigen, dass zwei Drittel der Vermögen der deutschen Milliardäre nicht durch eigene Arbeit geschaffen wurden, sondern durch Erbschaften und Schenkungen. In den USA dagegen ist weit mehr als die Hälfte "neues Geld".

Reichtum durch boomende Aktienmärkte

Was bedeuten diese Zahlen, was sind deren Ursachen und Konsequenzen? Es ist Vorsicht geboten, diese Zahlen und Entwicklungen sofort negativ zu bewerten und somit in eine Neiddebatte zu geraten. Zahlreiche Hochvermögende haben in der Pandemie einen enorm wertvollen Beitrag zur Bekämpfung der Krise geleistet und dadurch ihre Vermögen vergrößern können. Man denke an die Gründerin und den Gründer von BioNTech und die zahlreichen anderen Unternehmen in der Gesundheitsbranche, die mit neuen Impfstoffen, Medikamenten und medizinischer Ausstattung geholfen haben, Menschenleben zu retten. Kaum jemand würde diesen Menschen ihren finanziellen Erfolg neiden. Ähnliches betrifft Unternehmen des Onlinehandels oder der Streamingdienste, die vielen Menschen das Leben in diesen schwierigen Zeiten etwas erleichtert haben.

Aber es sind in Summe nur wenige Superreiche, die ihre Vermögen durch eine aktive Pandemiebekämpfung vergrößern konnten. Die meisten haben an den boomenden Aktienmärkten dazuverdient. Auch hier liegt ein vermeintlicher Widerspruch: Während sich die Weltwirtschaft in einer tiefen Rezession befand, haben die Aktienkurse vieler weltweit agierender Unternehmen deutlich an Wert gewonnen.

Den Boom an den Aktienmärkten mitbefeuert hat eine sehr expansive Geldpolitik der Notenbanken, die Milliarden an Liquiditätshilfen an Banken gegeben und im großen Stil Anleihen aufgekauft haben, um die Zinsen niedrig zu halten. Und auch eine expansive Finanzpolitik mit direkten Unternehmenshilfen hat vielen Firmen nicht nur das Überleben ermöglicht, sondern auch deren finanzielle Position gestärkt – und damit direkt oder indirekt die der Hochvermögenden. So haben beispielsweise die im Dax gelisteten Unternehmen in Deutschland im ersten Quartal 2021 die größten Gewinne der vergangenen zehn Jahre gemacht. Nicht selten haben auch Unternehmen in Deutschland staatliche Hilfen in Anspruch genommen und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Staatshilfen in Kurzarbeit geschickt, gleichzeitig aber den Aktionären Dividendenausschüttungen gegönnt.

Der Staat hat gegeben – der Staat muss korrigieren

Somit hat sich nicht nur die Ungleichheit privater Vermögen während der Pandemie vergrößert, sondern es ist auch eine zunehmende Unwucht zwischen Staat und Privatwirtschaft entstanden. Denn vor allem in reichen Industrieländern wie Deutschland hat der Staat wegen der Pandemie enorme Ausgaben zur Unterstützung von Unternehmen getätigt, um eine noch schlimmere Wirtschaftskrise mit Arbeitsplatzverlusten zu verhindern. Der deutsche Staat hat im vergangenen Jahr mehr als 200 Milliarden Euro (sechs Prozent des BIP) an zusätzlichem Geld ausgegeben – und damit Schulden aufgenommen, die letztendlich von den Bürgerinnen und Bürgern langfristig über ihre Steuern bedient werden müssen.

In anderen Worten: Es gab während der Pandemie eine massive Umverteilung von finanziellen Ressourcen vom Staat hin zu den Bürgerinnen und Bürgern. Nur dass viele Menschen trotzdem den

Gürtel enger schnallen mussten, während die Hochvermögenden den größten Teil des Kuchens abbekamen. Daher wäre auch die Politik in Deutschland klug beraten, ernsthaft über Optionen nachzudenken, wie diese Unwucht wieder korrigiert werden und die Lasten der Pandemie fair auf die Schultern aller Bürgerinnen und Bürger verteilt werden kann.

Der Staat hat sich in der Pandemie als unverzichtbar erwiesen: Er hat Millionen Arbeitsplätze gerettet und viele Menschen durch Kurzarbeitergeld vor dem Absturz gerettet. Das war richtig. Lässt sich die dadurch entstandene Unwucht aber nicht korrigieren, könnte dies verheerende Folgen für den sozialen Frieden und für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands haben. Es wird weder wirtschaftlich noch moralisch ein Weg daran vorbeiführen, auch große Vermögen in Deutschland sehr viel stärker als bisher an den Zukunftsherausforderungen und an der Bewältigung der Pandemie zu beteiligen. Doch wird die Politik den Mut dazu haben?

## **Italia paradiso dell'eredità Ma Draghi: "Niente tasse"**

Il segretario dem proponeva di aumentare il prelievo sui grandi patrimoni: perché è una proposta giusta >

Il Fatto Quotidiano 21 May 2021» Salvatore Morelli\*

Qualcosa si muove in tema fiscale. Il segretario del Pd Enrico Letta ha lanciato ieri una proposta per accentuare la progressività del prelievo dell'attuale imposta di successione per dare una "dote" di 10mila euro ai diciottenni. L'idea è stata bocciata da Mario Draghi ("non è il momento di togliere ma di dare ai cittadini") e dal centrodestra. Eppure non è affatto peregrina. Da più parti si avverte ormai l'importanza di rafforzare le imposte sulle successioni e le donazioni, rendendole più eque e progressive. L'ocse ha appena rilasciato un rapporto dettagliato e il Fondo Monetario Internazionale lo consiglia dal 2014.

Per capire la situazione italiana, basta un esempio. Gli eredi della famiglia Samsung in Corea del Sud hanno da poco annunciato il pagamento di 11 miliardi di dollari di imposta sull'eredità. Le imposte ammontano a più della metà del valore ereditato (22 miliardi), per lo più composto da quote azionarie del colosso tecnologico. Il conto è così elevato per la combinazione dell'aliquota massima (50%) e di un'integrazione aggiuntiva dovuta quando si ereditano quote societarie da parte dell'azionista di controllo.

Immaginando gli eredi Samsung in salsa italiana, e assumendo che l'intero patrimonio ereditato entri nella base imponibile, le imposte da pagare sarebbero state di poco superiori a 700 milioni di euro. In realtà in Italia le quote di controllo sulle imprese tramandate da genitori sono esenti da tassazione se gli eredi si impegnano a esercitare il controllo per 5 anni. Dunque, se il valore del patrimonio ereditato fosse composto al 90% da azioni Samsung, le imposte da versare in Italia sarebbero 70 milioni di euro.

L'Italia non è certo un "paradiso fiscale" ma si avvicina a esserlo per le imposte di successione in confronto ad altre economie industrializzate. Nel 2016 si stima che i 154 miliardi di euro di lasciti ereditati (altri 57 miliardi verrebbero trasferiti come donazioni) abbiano generato 420 milioni di gettito, lo 0,27% del valore complessivo dei lasciti e lo 0,06% delle entrate complessive della P.A. Il peso relativo di queste entrate si è più che dimezzato dalla metà degli anni 90, nonostante il raddoppio del peso dei lasciti sul reddito disponibile delle famiglie (passati dal 9,7% al 18,5% fra il 1995 ed il 2016).

Ma è giusto tassare i trasferimenti di ricchezza? Questa forma di tassazione ha storicamente agito da collante di varie culture politiche, abbracciando obiettivi di giustizia sociale (riequilibrando le condizioni di partenza), di efficienza economica (favorendo la cessione del controllo di imprese al di fuori della sfera familiare) e di democrazia liberale (riducendo la concentrazione di potere politico in chiave dinastica). Tuttavia, rimane odiata dall'opinione pubblica e lo Stato è chiamato a mediare fra il diritto delle famiglie di "pr ovv ed ere " ai figli e quello di promuovere una società più equa. Ciò è raggiungibile scegliendo la soglia di esenzione "giusta". Ad esempio, potremmo considerare l'attuale soglia di 1 milione di euro come generosa e ingiusta, perché, data l'attuale concentrazione di ricchezza, oltre quella fascia c'è solo il 2% più ricco della popolazione.

Diversamente da quanto accade ora, si potrebbero tassare oltre una certa soglia tutti i trasferimenti di ricchezza ricevuti nella vita, seguendo i principi di economisti come James Meade e Anthony Atkinson. Si tratta di vantaggi economici su cui non si possono vantare particolari titoli di merito. In questo senso, la tassazione sarebbe meno distorsiva e rispondente ad una visione di giustizia sociale che riduca il peso della lotteria della nascita nel condizionare le opportunità nella vita. Si potrebbero poi eliminare gli attuali trattamenti di sfavore dei trasferimenti fuori dalla linea familiare diretta e buona parte delle deduzioni fiscali che generano distorsioni e un prelievo diverso a parità di valore ereditato. In questa direzione va la proposta del Forum Disuguaglianze e Diversità che prevede anche l'aggiornamento dei valori catastali degli immobili (oggi 3 volte inferiori a quelli di mercato). Senza questo, qualunque riforma sarebbe poco giustificabile.

L'imposta di successione attuale è pagata nel 10% circa dei casi, vale in media 10 mila euro e il gettito è concentrato sui lasciti inferiori al milione di euro. Bisognerebbe rafforzare la progressività per garantire che chi riceve di più sia chiamato a contribuire di più. Si può fare riducendo persino il numero di persone paganti e destinando il gettito all'avanzamento di un'agenda di giustizia sociale.